

Linke Alternativen für Europa - solidarisch, friedlich, demokratisch



Mit oder ohne Euro?

Was tun gegen Rechtspopulismus?

Wer sind die Gegenkräfte?

Diese Fragen wollen wir diskutieren mit:

Conrad Schuhler

Journalist, isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München

**Mittwoch,
7. Mai 2014,
19 Uhr**

**Brunsviga, Studiosaal,
Karlstraße,
Braunschweig**

Es laden ein:



BIAP

Braunschweiger
Initiative für
eine
andere Politik



attac Braunschweig

DIE LINKE.

DIE LINKE Braunschweig



DKP Braunschweig

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg – verursacht und vorbereitet durch die Konkurrenz der imperialistischen europäischen Großmächte. Die Hauptverantwortung dabei lag beim kaiserlichen Deutschland in seinem „Griff nach der Großmacht“ (so der Historiker Fritz Fischer), auch wenn heute Autoren wie Christopher Clark diese Zusammenhänge mit Begriffen wie „Schlafwandlern“ vernebeln.

Vor 75 Jahren dann beginnt mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht auf Polen der Zweite Weltkrieg – der Raub- und Vernichtungskrieg des deutschen Faschismus, der die Grauen und Opferzahlen des Ersten Weltkriegs noch einmal weit übertrifft.

Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus und nach dem Ende der beispiellosen Barbarei artikuliert sich in allen europäischen Völkern der Ruf „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“, verbunden mit der tiefen Sehnsucht nach einem neuen, endlich dauerhaft friedlichen, Europa sowie einer demokratischen und sozialen Neugestaltung.

Doch der Kalte Krieg und die Restauration der alten Mächte in Westeuropa führen von Anbeginn an zu einer Sorte von europäischer Einigung, die von Kapital- und geostrategischen Interessen beherrscht ist. EWG, EG und schließlich die EU fördern zwar die Zusammenarbeit in (West-) Europa und erhalten den Frieden, aber die Politik ist stets den herrschenden Kapitalinteressen untergeordnet.

Heute, im Frühjahr 2014 vor den bevorstehenden Wahlen zum Europa-Parlament, nach sog. Banken- und Euro-Krise, zeigt sich in vielen Ländern der EU das erschütternde Ausmaß verfehlter neoliberaler Politik. Alle Lasten und Folgen der Krise werden abgewälzt auf die Bevölkerung; Hunderte von Milliarden fließen in die Bankenrettung, während die Superreichen geschont werden. Die Beispiele für die Resultate dieser Politik, besonders in Ländern wie Griechenland oder Spanien, sind bekannt: Rabiante Lohn- und Rentenkürzungen, Ruinierung der Sozialsysteme, eine Jugend-Arbeitslosigkeit von mehr als 50% usw. - und verbunden mit der sich einstellenden Perspektivlosigkeit für immer mehr Menschen ein beängstigender Zulauf für rechtspopulistische und faschistische Gruppierungen.

Was ist dagegen zu tun? Die öffentliche Diskussion in vielen Ländern bietet ein diffuses Bild. Aus dem Euro austreten oder ganz und gar aus der EU? Kann man die EU reformieren? Wie können der stetig zunehmenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche und dem Abbau demokratischer Rechte Einhalt geboten werden? Wie kann der unerträglichen Hetze von Rechtspopulisten und Rechtsextremen gegen MigrantInnen begegnet werden?

Viele Menschen und politische Kräfte in Europa wollen eine andere Politik. Sie wünschen sich ein solidarisches, friedliches und demokratisches Europa – aber was ist dafür zu tun?

Wir haben keine Antworten auf alles, aber einige Vorschläge – und laden ein zur Diskussion und zum gemeinsamen Handeln!
